

»Kanzler Scholz führt nicht von vorne«

Gespräch | Thorsten Frei, der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU, über Ukraine-Krieg, Ampel, Energiepreise und Fluglärm

■ Von Constantin Blaß, Jörg Braun und Salome Menzler

Oberndorf. Thorsten Frei (48), der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und CDU-Bundestagsabgeordneter für den Schwarzwald-Baar-Kreis, rückt im Gespräch mit unserer Redaktion die Bundesregierung mit ihrem Kanzler Olaf Scholz (SPD), die geplante Unabhängigkeit von Russland sowie regionale Themen wie die Gäubahn, den Fluglärm im Süden und das geplante Atomlager in der Schweiz in den Fokus.

Über den Krieg zwischen der Ukraine und Russland
Die Hoffnung, dass der Krieg nicht mehr lange dauern möge, ist auch bei dem Bundestagsabgeordneten groß – aber Frei stellt klar: »Einen Diktatfrieden akzeptieren wir nicht.« Das heißt, die Siegerseite dürfe nicht einseitig die Vertragsbedingungen für einen Frieden festlegen. »Wir dürfen nicht zulassen, dass erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein Land einseitig Grenzen verändert.« Dies gelte es zu verhindern und die Ukraine – wie nach seiner Einschätzung schon seit vielen Jahren – weiterhin zu unterstützen.

Über den Besuch Friedrich Merz' bei Präsident Selenskyj
CDU-Chef Friedrich Merz besuchte jüngst die Hauptstadt der Ukraine und traf den Präsidenten. Es sei nicht darum gegangen, vor Bundeskanzler Olaf Scholz dort zu sein. Frei erklärt, dass die Einladung von Präsident Wolodymyr Selenskyj bereits kurz vor dem Beginn des Krieges kam. Der Termin sei allerdings aufgrund der angespannten Lage abgesagt und nun nachgeholt worden. »Die Tatsache, dass er es gemacht hat und Scholz bis dahin nicht dort war – das ist das Problem von Scholz und nicht von der Union oder von Friedrich Merz«, führt der Abgeordnete aus.

Über die Zeitenwende-Rede von Kanzler Olaf Scholz
Drei Tage nach Kriegsbeginn in der Ukraine hielt Scholz eine historische Rede – die Zeitenwende-Rede. Auch in der CDU herrschte Begeisterung. Solche Worte und damit einhergehende Herausforderungen, denen sich Scholz stellen will, hätte man von der SPD noch nie vernommen, sagt Frei. »Aber tatsächlich ist es so, dass diese Bundesregierung diese Herausforderungen bisher aus meiner Sicht nicht besonders souverän gemeistert hat. Und das gilt insbesondere für den Bundeskanzler«, trübt der Abgeordnete die vorhergehende Begeisterung. Er stellt klar: »Der Bundeskanzler formuliert zwar ab und an Positionen, führt dann aber nicht von vorne. Vor allem hat er seine eigene Koalition nicht



100 Milliarden Euro sollen die Bundeswehr wieder in die Spur bringen. Doch wie steht es um die Transparenz? Foto: Schutt

im Griff.« »Fakt ist, dass Scholz hohe Maßstäbe an sich und seine Regierung gestellt hat. Immer wieder wurden Führung, Aufbruch und ein neuer Stil des Umgangs heraufbeschworen. Nichts davon verbinden die Menschen mit ihm und dieser Regierung.«

Über die Waffenlieferungen von Deutschland
Bereits vor Beginn des Krieges habe die Ukraine im Februar Waffenlieferungen aus Deutschland gefordert, sagt Frei. Im März dann die Forderung nach schweren Waffen,



»Wir brauchen einen Masterplan für die Energie-Unabhängigkeit der nächsten zwei Jahre.«

Thorsten Frei

da nicht in jedem Terrain der Ukraine mit den gelieferten Panzerfausten agiert werden könne und es andere Geschütze benötige. Die Regierung verhandelte lange über die Waffenlieferungen, der Abgeordnete meint dazu: »Für die Ukrainer wirkt unser Verhalten verstörend – und auch für mich ist es verstörend. Einerseits gibt es Reden; andererseits das Handeln – beides geht weit auseinander.«

Über das Sondervermögen für die Bundeswehr
Die CDU wolle, dass das umgesetzt werde, was der Kanzler in seiner Zeitenwende-Rede erwähnt habe, meint Frei. Hierfür gelte es allerdings, Transparenz zu zeigen. Wenn 100 Milliarden Euro ausgegeben würden, werde auch ein militärischer Gegenwert von

100 Milliarden erwartet. Allerdings meint der CDU-Politiker zu den Aussagen von Scholz in seiner großen Rede: »Wir erleben eine Koalition, in der die Minister seiner Regierung im Grunde genommen an allen möglichen Ecken und Enden hinter diese Maßgaben zurückrudern.«

Über Verteidigungsministerin Christine Lambrecht
Seit Längerem steht die Ministerin öffentlich schwer in der Kritik. Frei: »Fakt ist, dass Frau Lambrecht mehr mit Selbstverteidigung als mit der Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr beschäftigt ist. Für die Umsetzung brauchen wir eine starke Ministerin – und es spricht vieles dafür, dass Frau Lambrecht nicht nur ahnungslos in ihrem zuständigen politischen Bereich ist, sondern auch einigermaßen unambitioniert.« Allerdings: »Am Ende muss der Bundeskanzler entscheiden.«

Über die Unabhängigkeit zu Russland
»Wir brauchen einen Masterplan für die Energie-Unabhängigkeit für die nächsten zwei Jahre«, so die Meinung des Abgeordneten. Diese sei momentan noch nicht in Sicht und stelle Deutschland in Zukunft vor Probleme. »Die Frage ist, ob Putin diese Rohstofflieferungen nicht als Druckmittel nutzt und den Gashahn einfach zudreht. Das würde er im Zweifel machen, wenn es einen maximalen Schaden für Deutschland bedeuten würde.« Und Frei verdeutlicht: »In einer solchen Situation darf man nichts unternehmen, wo man andere nicht von Russland abhängige Energiequellen vom Tisch nimmt.« Dazu gehörten auch die drei Atomkraftwerke in Deutschland, die planmäßig am 31. Dezember 2022 abgeschaltet werden sollen. Frei sieht die Entscheidung, aus der Atomkraft auszutreten, auch als richtig an – aber eventuell sollte man aufgrund der aktuellen Situation Pläne anpassen. »Es ist fragwürdig, dass die Atomkraftwerke im Peak, nämlich mitten im Winter, ausgeschaltet werden.«

Über die Energiekosten und die Inflation
»Wenn wir jetzt, in einer kritischen Lage mit Hochdruck nach Alternativen suchen müssen, dürfte es keine gravierende Entspannung bei den Energiekosten geben«, meint Frei bezüglich der gestiegenen Preise. Aber nicht nur die Energiepreise beschäftigen die Bürger, auch die durch den Krieg beschleunig-

te Inflation. Innerhalb von zwei Jahren würde nach Freis Aussage das Geld zehn Prozent an Wert verlieren. »Das Gespärte der Bürger schmilzt wie Eis in der Sonne.«

Über die Gäubahn
»Es ist einfach eine traurige Geschichte.« Frei selbst fährt

häufig mit der Gäubahn, allerdings lasse die Komplexität des Themas so einige zweifeln. Von Seiten des Bundes seien die Voraussetzungen gegeben – 550 Millionen Euro seien für das Projekt hinterlegt. Man sei so nah an der Umsetzung wie noch nie, erläuterte der CDU-Politiker.

Über den Fluglärm des Flughafens Zürich über Südbaden
»In der Vergangenheit haben wir vor allem versucht, die Bundesregierung für das Thema zu sensibilisieren«, meint Frei. Man wolle weitere Verschlechterungen – gerade wenn der Flugverkehr nach der Pandemie sich normalisiere – verhindern. Das Problem allerdings: Berlin sei weit weg von der Region, in der es andere Bedürfnisse gebe. Eine Lösung wäre ein Staatsvertrag, der allerdings in der Vergangenheit oft scheiterte, da die Region zu wenig eingebunden wurde, meint Frei. Das Ziel sei es nun, die Lasten zu verteilen und die Tagesrandzeiten zu entlasten.

Über das geplante Atomwülagger in der Schweiz
Anders als beim Thema Fluglärm meint der Abgeordnete zum Atomwülagger: »Man kann schon sagen, dass es da kein Transparenzproblem gibt.« Betroffene Kreise und Kreisräte seien derselben Meinung und würden informiert werden. Dort gebe es keine Vorwürfe zu erheben, nicht transparent miteinander zu arbeiten.

Anzeige

Gemeinsam!

- Abend der Begegnung
- Augmented Reality
- Konzerte
- Fest mit Musik und Tanz
- Vielfältige Gastronomie

Gesamtprogramm:
katholikentag.de/programm



- 25. Mai, 19 Uhr, Innenstadt**
Abend der Begegnung – Straßenfest
- 26. Mai, 13 Uhr, Schillerplatz**
Herzlich willkommen im Martinsland - Augmented Reality
- 28. Mai, 14 Uhr, Haus der Wirtschaft**
Koenige und Priester – Konzert für Glaube, Hoffnung und Liebe
- 28. Mai, 19 Uhr, Innenstadt**
Fest mit Musik und Tanz



Thorsten Frei im Gespräch mit Mitarbeitern unserer Redaktion Foto: Palik